

Neue Zürcher Zeitung

Gezerre um das Erfolgsmodell Schweiz

05.10.2013



Am 24. November stimmen die Wähler des Landes über die 1:12-Initiative ab.

Befürworter und Gegner der 1:12-Initiative sind sich einig: Das Erfolgsmodell Schweiz existiert. Uneinig sind sich die Kontrahenten aber, worauf der Erfolg basiert. Es tobt ein ideologischer Richtungsstreit.

René Zeller

Eigentlich geht es bei der 1:12-Initiative «nur» um eine Lohnschere. Die Jungsozialisten wollen ein vom Staat gelenktes und kontrolliertes Lohnsystem einführen, die Gegenseite will das geltende liberale Modell – Vertragsfreiheit und Sozialpartnerschaft – verteidigen.

Doch die Initiative erhitzt die Gemüter, weil ideologische Welten frontal aufeinanderprallen. Der Abstimmungskampf reisst alte Gräben auf. Der neue Klassenkampf ist ausgebrochen.

Massvoll oder zerstörerisch?

Christian Levrat, SP-Präsident und glühender 1:12-Befürworter, vertritt die Auffassung, das Erfolgsmodell Schweiz sei nicht angewiesen auf jene Führungskräfte, die bei Annahme der Initiative eine Reduktion ihres Salärs befürchten müssten. Es gebe genügend verantwortungsbewusste Unternehmer in der Schweiz, die Mass gehalten hätten. «Ich wage zu behaupten», schrieb Levrat unlängst in der NZZ, «dass diese Führungskräfte den Fortbestand des Erfolgsmodells Schweiz garantieren.»

Hans Hess, Präsident des Industrieverbands Swissmem, behauptet das Gegenteil. Die 1:12-Initiative sei Gift für das freie Unternehmertum. Sie torpediere die bewährte Sozialpartnerschaft. Das jungsozialistische Volksbegehren habe das Potenzial, das «Erfolgsmodell Schweiz zu zerstören». Ins gleiche Horn stösst der Heinz Karrer, der neue Präsident von Economiesuisse. Die Initianten irrten, wenn sie dem Souverän weismachen wollten, 1:12 ziele nur gegen vereinzelte Auswüchse. «Es geht um einen grundlegenden Angriff auf unser Erfolgsmodell.»

Alle beklatschen das Erfolgsmodell Schweiz. Alle wollen es verteidigen. Doch wer hat es erschaffen? Und welche inhaltlichen Bauklötze umfasst dieser begriffliche Superlativ überhaupt?

Für Christian Levrat steht fest: «Die Sozialdemokraten haben die moderne Schweiz aufgebaut.» Im Juni nannte der SP-Präsident an einer Delegiertenversammlung seiner Partei folgende Errungenschaften als wegweisend für das Erfolgsmodell Schweiz: Einführung des Proporzsystems, Schaffung einer AHV, Ausweitung der Sozialpartnerschaft, Frauenstimmrecht. Die Anführer des Generalstreiks von 1918, diese Widerstandskämpfer, Internationalisten und auch Revolutionäre hätten «mehr für die Schweiz gemacht als Generationen von «aufrechten» Patrioten».

Fleiss und Engagement

Diese inhaltliche und personelle Verortung des Erfolgsmodells Schweiz würde SVP-Präsident Toni Brunner niemals unterschreiben. Er sieht es so: «Unser Erfolgsmodell haben wir durch Fleiss und Engagement erschaffen. Entscheidend waren auch staatliche Rahmenbedingungen, die Unternehmertum begünstigten und Eigeninitiative belohnten.» Wenn man im Programm der SVP stöbert, liesse sich ergänzen, dass auch der Verzicht auf fremde Richter und eine straff regulierte Weltoffenheit die Überlegenheit der Erfolgsstory Schweiz gefestigt hätten. Dem stimmen nicht alle Parteien rechts der SP zu. Aber dass freiheitlicher Unternehmertegeist, Eigenverantwortung und regulatorische Ellbogenfreiheit unabdingbare Ingredienzen des Erfolgsmodells Schweiz sind, gilt bürgerlicherseits als unbestritten.

Wie kommt es denn, dass SP-Nationalrätin Jacqueline Badran im NZZ-Blog zur 1:12-Initiative trotzdem behauptet, es handle sich um eine «durch und durch bürgerliche Vorlage»? Für die streitbare Genossin sind Attribute wie Leistung und Wettbewerb offenkundig zweitrangig. Sie meint: «Das Erfolgsmodell der Schweiz war immer der Ausgleich. Ein Ausgleich zwischen den Sprach- und Kulturregionen, zwischen Katholiken und Reformierten, zwischen Staat und Wirtschaft und eben auch zwischen oben und unten.»

Mit Badrans Ratschlag, man solle die 1:12-Initiative nicht schnöd als «sozialistisches Kommunistenwerk» schubladisieren, kann FDP-Nationalrat Ruedi Noser wenig anfangen. «Jetzt geht es wieder um Klassenkampf pur», antizipierte er schon im März dieses Jahres. «Die Linke gegen die Bürgerlichen, die das Erfolgsmodell Schweiz aufgebaut haben.» Und als der Kampf um die Lufthoheit über dem Erfolgsmodell erst in den Kinderschuhen steckte, warnte Noser: «Die SP hat dem Erfolgsmodell Schweiz den Krieg erklärt.» Das wiederum hinderte den SP-Präsidenten Christian Levrat nicht daran, wenig später zu verkünden: «Es gibt einen linken Patriotismus. Wir haben unser Land aufgebaut, wir haben es weitergebracht und zu einer wohlhabenden Nation gemacht.»

Patrioten und Totengräber

Es wird noch heftig gestritten werden bis zum Urnengang vom 24. November. Und es dürfte weiterhin übertrieben werden, dass sich die Balken biegen. Christian Levrat wird in pseudo-pathetischem Übereifer darauf beharren, dass linke Patrioten die Erfolgsstory Schweiz geschrieben hätten – obwohl anno 1848 nachweislich ausschliesslich liberale Köpfe das Fundament für die moderne Eidgenossenschaft legten. Handkehrum werden Levrats Opponenten unbeirrt wehklagen, die Jungsozialisten seien die potenziellen Totengräber des durch und durch bürgerlichen Erfolgsmodells Schweiz.

So funktioniert Politik jenseits des Copyrights: Weil der Begriff des Erfolgsmodells Schweiz nicht patentiert ist, kann niemand die Deutungshoheit für sich reklamieren. Folglich herrscht argumentative Narrenfreiheit. Tröstlich ist vorerst einzig, dass weder links noch rechts behauptet wird, die Schweiz sei ein einziger Irrtum.

Wie gross wären die wirtschaftlichen Folgen einer Annahme der 1:12-Initiative? Wie bei den meisten Vorlagen ist auch bei dieser eine präzise Antwort nicht möglich – weil man nicht genau weiss, wie die Akteure reagieren würden. Möglich sind Aussagen zu engeren Fragestellungen. Gemäss einer am Freitag publizierten Analyse der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich (KOF) auf Basis der Lohnstrukturerhebung 2010 weisen 1000 bis 1300 Firmen eine Lohnspreizung mit einem Verhältnis über 1:12 aus. Würden die Hochlöhne entsprechend gekürzt, beträfe dies laut KOF etwa 4400 Personen. Die Lohnsumme sänke demnach um gut 1,5 Milliarden Franken (rund 0,5 Prozent), was die AHV-Rechnung um etwa 125 Millionen Franken pro Jahr belasten würde. Eine ähnlich hohe Belastung bliebe auch im (unrealistischen) Wunschscenario der Initianten, welches eine Umverteilung der Hochlöhne auf die Tieflohne «vorsieht». Da AHV-Beiträge nur auf Jahreslöhnen bis gut 84 000 Franken rentenbildend sind (und darüber somit Steuern entsprechen), brächte besagte Umverteilung der AHV unveränderte Einnahmen, aber höhere Ausgaben für spätere Renten.

Die KOF-Rechnung auf Basis der Lohnstrukturerhebung zeigt deutlich tiefere Summen der betroffenen Löhne als frühere Rechnungen auf Basis der AHV-Statistik (die auf einen zwei- bis dreimal so grossen Effekt deuten). Rückfragen brachten am Freitag keine komplette Klarheit. Die AHV-Daten beruhen auf einer Vollerfassung, während die Lohnstrukturerhebung nur einen Ausschnitt des Gesamtbildes liefert und damit die Repräsentativität der Spitzenlöhne fraglich sein mag. Laut Bundesamt für Statistik sollte allerdings die Lohnstrukturerhebung auch bei den Spitzenlöhnen wenigstens in der Grössenordnung einigermaßen stabile Angaben liefern. In der AHV-Statistik können derweil ausgewiesene Lohneinkommen unter Umständen eine Summe aus mehreren Arbeitsplätzen bzw. Mandaten sein (z. B. dreimal 300 000 Franken statt einmal 900 000 Franken), weshalb sie auch in einem «1:12-Regime» nicht zwingend sinken müssten.

Die kurzfristige Betrachtung von AHV-Beiträgen (und Steuern) betrifft nur einen kleinen Ausschnitt möglicher Folgen der 1:12-Initiative. Volkswirtschaftlich viel wichtiger ist die Frage, wie die Unternehmen reagieren würden – jene, die schon hier sind (die zum Beispiel den Hauptsitz bzw. die Geschäftsleitung ins Ausland verlagern könnten), und jene, die noch nicht hier sind (und die wegen der Verschlechterung des politischen Klimas in der Schweiz vielleicht nicht mehr kommen würden). Das KOF-Papier schweigt sich dazu mangels zuverlässiger Prognosen lieber aus. Mit negativen Folgen für den Wirtschaftsstandort Schweiz wäre höchstwahrscheinlich zu rechnen, doch über das Ausmass lässt sich nur spekulieren. Klar ist eines: Die Absenz zuverlässiger Schätzungen ist kein Hinweis auf die Absenz gravierender Auswirkungen.